

## DAS "FOOD STAMP PROGRAMME" VON SRI LANKA

Ein Beitrag zu einer Grundbedürfnisstrategie?

Werner Lachmann

### 1. EINFÜHRUNG

Nach dem augenscheinlichen Versagen der herkömmlichen Entwicklungsstrategien mit ihrer indirekten Bekämpfung der Armut sind von der Weltbank und dem Internationalen Arbeitsamt Grundbedürfniskonzepte als direkte Strategien zur Bekämpfung der absoluten Armut ausgearbeitet worden<sup>1</sup>. Durch die Befriedigung von Grundbedürfnissen soll die Produktivität der Armen gesteigert werden, so daß sie - auf lange Sicht gesehen - ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten können. Zu den Grundbedürfnissen gehören dabei neben den materiellen, wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, auch immaterielle, wie Bildung, politische Partizipation, kulturelle Bedürfnisse<sup>2</sup>.

Ein Land, in dem offenbar schon sehr früh Wert auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse seiner Bürger gelegt wurde, ist Sri Lanka. Es fällt jedenfalls auf, daß dieses arme Land, mit einem Pro-Kopf-Einkommen (PKE) von nur \$ 190 (im Jahre 1978), Sozialindikatoren aufweist, die mit entwickelteren Ländern Schritt halten können. So betrug 1978 die Lebenserwartung im Durchschnitt bei Geburt 69 Jahre, die Alphabetisierungsrate lag bei 78 % (1975), die durchschnittliche Lebensmittelerzeugung pro Kopf der Jahre 1976-78 stieg im Vergleich mit den Jahren 1969-71 um 14 %. Die Kindersterblichkeit betrug 2 von 1000 (1978), weniger als ein Zehntel der der anderen Entwicklungsländer. Auch das Einkommen ist gleicher verteilt, als in den meisten anderen Entwicklungsländern (und auch in Industriestaaten)<sup>3</sup>.

Sozialprogramme, wie Sri Lanka sie mit Erfolg durchgeführt hat, sind allerdings finanziell sehr aufwendig und können daher von diesen armen Staaten nicht allein finanziert werden. Der Anteil des Sozialbudgets am staatlichen Gesamtbudget betrug in Sri Lanka 1979 fast 40 %, wobei allein das Ministerium für Lebensmittel und Genossenschaften (Ministry of Food and Cooperative)

einen Anteil am Gesamtbudget von 19,5 % beanspruchte<sup>4</sup>. Im Jahre 1975 wurden allein 16 % des Budgets für Lebensmittelsubventionen verwendet<sup>5</sup>; dabei wurden Lebensmittel teilweise kostenlos (Rice Ration), teilweise zu einem subventionierten Preis zur Verfügung gestellt. Die daraus resultierende erhöhte Nachfrage führte u. a. zu hohen (notwendigen) Nahrungsmittelimporten, die wiederum die Zahlungsbilanz von Sri Lanka sehr belasteten<sup>6</sup>. So wurden unter dem Druck der hohen Kosten die bis 1979 kostenlosen Reirationen durch ein "Food Stamp Programme" ersetzt. Dieses Programm soll hier dargestellt und kritisch untersucht werden.

## 2. DIE VORGESCHICHTE DES "FOOD STAMP PROGRAMME"

Die Reiszuteilung (Rice Ration Scheme) wurde in Sri Lanka schon in den frühen 40er Jahren eingeführt. Anfänglich kam sie der gesamten Bevölkerung zugute. Während der 35 Jahre ihres Bestehens änderte man des öfteren die Modalitäten. Im allgemeinen wurden je Person 2 bis 4 britische Pfund (1 lb = 0,453 kg) pro Woche zur Verfügung gestellt, 1 - 2 lb davon kostenlos, den Rest zu einem subventionierten Preis. Mit Hilfe eines engmaschigen Netzes von 10 000 Verkaufspunkten (Genossenschaftsverkaufsstationen und autorisierte Händler) war es möglich, die rationierten Lebensmittel auf der ganzen Insel zu verteilen und ununterbrochen anzubieten. Eventuelle Fehlbestände wurden importiert und ebenfalls subventioniert. Alle Empfänger von Lebensmittelkarten wurden auf die Verteilstationen aufgeteilt, und sie konnten nur bei der einen Stelle, wo sie registriert waren, ihre Reirationen erhalten. Alle zwei Jahre wurden neue Lebensmittelkarten (Ration Books) ausgestellt.

Im großen und ganzen blieb dieses Programm bis zum 30. Januar 1978 in Kraft. Nach dem Erdrutschsieg der United National Party (UNP) unter Führung von Junius Richard Jayewardene über die von Sirimavo Bandaranaike geführte Sri Lanka Freedom Party (SLFP) strebte die neue Regierung ein mehr marktwirtschaftliches Konzept an<sup>7</sup>. Eine größere Umstellung wurde durch die notwendige Gültigkeitserklärung der Lebensmittelkarten (Revalidation of Ration Books) erreicht. Schon in den 70er Jahren war eine Umstrukturierung versucht worden, um die Reirationierung selektiver zu gestalten. So sind teilweise Kategorien wie rural/urban oder Überschuß/Defizit-Regionen bzw. Einkommensteuerzahler/Nicht-Einkommensteuerzahler eingeführt worden. Ebenso waren des öfteren Kostenanpassungen notwendig, die sich allerdings hauptsächlich an Menge und Preis der Reiszuteilung ausrichteten; zeitweise wurde auch Weizen in das Rationierungsprogramm aufgenommen.

Die genannten hervorragenden Sozialindikatoren in Sri Lanka erklären sich u. a. auch aus diesem Programm. So hat Isenman z. B. festgestellt, daß die Kürzung der Reiszuteilung 1974 zu einem Anstieg der Sterbequote von 7,7 auf 8,9 pro 1000 Einwohner führte<sup>8</sup>.

### 3. DIE WIEDER-GÜLTIGKEITSERKLÄRUNG DER LEBENSMITTELKARTEN

Durch die Einführung des "Einkommenskriteriums" wurde die Reiszuteilung modifiziert und die Zahl der berechtigten Empfänger auf 7,7 Millionen (Juni 1979), ca. die Hälfte der Bevölkerung, reduziert. Die Einkommensgrenze lag bei 300 Rupien pro 5-Personenhaushalt (100 Rs. = 11,20 DM - Feb. 1980). Dieser Betrag wird als das Existenzminimum angesehen. Jeder Haushalt, der sich berechtigt fühlte, konnte einen Antrag auf die Gültigkeitserklärung stellen. Diese Anträge wurden von einer Amtsstelle des Food Commissioners überprüft. Die solchermaßen wieder gültig erklärten Lebensmittelkarten blieben bis zum 31. August 1979 gültig.

### 4. DAS "FOOD STAMP PROGRAMME" VON SRI LANKA

Am 1. September 1979 löste das "Food Stamp Programme" (FSP) das alte Zuteilungssystem, das seit dem 2. Weltkrieg in Sri Lanka gegolten hatte, ab. Die beiden Programme unterschieden sich in folgenden Punkten:

- a) Die Food Stamps sind einen Kalendermonat lang gültig, die Coupons der Reiszuteilung galten dagegen nur für eine bestimmte Woche.
- b) Während die Lebensmittelkarten alle 2 Jahre ausgegeben wurden, werden die Food Stamps alle drei Monate ausgeteilt.
- c) In dem neuen FSP hat der Konsument zum ersten Mal die Auswahl zwischen verschiedenen Gütern, wodurch für das neue System eine größere Flexibilität erreicht wurde.

Bevor das neue FSP in Kraft trat, wurde es mit Hilfe der Medien intensiv vorbereitet. Alle Bürger, die glaubten, empfangsberechtigt zu sein, mußten die erforderlichen Formulare ausfüllen, und jeder Fall wurde einzeln überprüft.

Das Food Commissioner's Department in Colombo war für die Durchführung des Programms verantwortlich. Die Implementierung des Programms wurde in zwei Phasen durchgeführt:

Phase I: Alle Personen, die nach der Überprüfung im Besitz einer gültigen Lebensmittelkarte waren, erhielten zunächst ohne weitere Nachforschungen die neuen Food Stamps, um den Übergang vom alten zum neuen System reibungslos zu gestalten.

Phase II: Die Antragsformulare wurden bis ins Detail überprüft. Persönliche Interviews und Cross-checks wurden durchgeführt, usw. Der Grama Savake, ein örtlicher Regierungsbeamter, der mit den persönlichen Gegebenheiten der Antragsteller vertraut sein sollte, wurde beauftragt, die Angaben zu überprüfen. Dies geschah mittels vorgefertigter Formulare, die alle wesentlichen Daten der Antragsteller enthielten. Sein auf diese Weise erstelltes Gutachten war die Grundlage für die letzte Entscheidung der Regierungsstelle. Folgende Angaben wurden vom Grama Savake überprüft: Anzahl und Alter der im Haushalt lebenden Personen und ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse. Da die Stamps pro Familie ausgegeben wurden, mußte für den Fall, daß behauptet wurde, zwei Familien wohnten in einem Haus, diese Angabe besonders nachgeprüft werden.

Aufgrund des kumulierten Familieneinkommens wurde entschieden, ob der Haushalt bezugsberechtigt ist. Anzahl und Wert der Marken richtet sich nach dem Alter der Mitglieder des Haushaltes. Die Food Stamps werden kostenlos ausgegeben; es wird also kein Eigenbeitrag (gestaffelt nach der Höhe des Familieneinkommens) gefordert. Das FSP gilt für die gesamte Insel; ungebrauchte Marken können auf einem Bank- oder Postkonto gutgeschrieben werden.

Das Food Department ist dafür zuständig, daß ausreichende Mengen an Reis, Weizen, Mehl usw. zur Verfügung stehen. Im Gegensatz zu den ehemals subventionierten Preisen, werden seit der Implementierung des FSP die Preise nach dem "no loss - no profit" - Prinzip festgesetzt, wobei Anpassungen an den Weltmarktpreis im regelmäßigen Rhythmus vorgenommen werden.

##### 5. EINZELHEITEN ZUM "FOOD STAMP PROGRAMME"

a) **Güterwahl:** Der Käufer hat die Wahl zwischen den folgenden Waren: Reis, Paddy (Reis in der Hülse), Mehl, Brot, Zucker, Lakspray, Hülsenfrüchte (Blackgram oder Urd, Cowpeas) und Kerosin (Leuchtpetroleum).

b) **Kreis der Berechtigten und Wert der Food Stamps:** Die Einkommensgrenze liegt für einen 5-Personenhaushalt bei 300 Rs pro Monat. Für jedes weitere Familienmitglied wird ein zusätzlicher Betrag von 60 Rs. pro Monat angerechnet, so daß sich die Grenze des

monatlichem Einkommens für einen 7-Personenhaushalt z. B. auf 420 Rs. erhöht, wobei das Kindergeld in Höhe von 50 Rs. nicht mitgerechnet wird. Aus Tabelle I wird die Anzahl der Food Stamps deutlich:

Tabelle I: Anzahl der Berechtigten für Food Stamps in bezug auf Jahreseinkommen (in Rupien) und Anzahl der Mitglieder einer Familie

Jahres- einkommen	Familien- mitglieder									
	5	6	7	8	9	10	11	12	13	
3600	5 <sup>+</sup>	6	7	8	9	10	11	12	13	
3601-4320	0	1	2	3	4	5	6	7	8	
4321-5040	0	0	1	2	3	4	5	6	7	
5041-5760	0	0	0	1	2	3	4	5	6	
5761-6480	0	0	0	0	1	2	3	4	5	
6481-7200	0	0	0	0	0	1	2	3	4	
usw.										

+) Angaben stellen Maximalwerte dar.

Food Stamps werden in drei verschiedenen Werten ausgegeben:

Kinder unter 8 Jahren erhalten	Rs. 25,- pro Monat
Kinder von 8 bis 12 einschließlich	Rs. 20,- pro Monat
Personen über 12 Jahre erhalten	Rs. 15,- pro Monat

Jede Familie, die berechtigt ist, Food Stamps zu beziehen, erhält ebenso Kerosin-Marken im Wert von Rs. 9,50 pro Monat; damit können acht Flaschen Kerosin gekauft werden, die zum subventionierten Preis von Rs. 3,48 pro Gallone erhältlich sind. Darüber hinausgehende Mengen können zum Preis von Rs. 10,70 pro Gallone auf dem freien Markt gekauft werden (Okt. 1980).

c) Vorkehrungen für die Verteilung der Güter: Der Käufer hat die Wahl, ob er bei einem autorisierten Händler oder einer Genossenschaft einkauft. Brot kann überall gegen Food Stamps gekauft werden (Ausnahme: Restaurants!). Nicht eingelöste Kerosinmarken berechtigen zum Kauf von anderen Gütern, die mit Food Stamps erworben werden können.

d) Gültigkeit der Food Stamps: Food Stamps haben nur eine Gültigkeitsdauer von einem Kalendermonat, d.h. Marken für den Januar verfallen mit Ablauf des 31. Januar. Die Händler müssen die Marken bis zum Ende des folgenden Monats einlösen, d.h. für sie verfallen Januarmarken mit Ablauf des 28./29. Februar. Der Großhändler hat einen weiteren Monat Zeit, d.h. er muß die Januarmarken mit Ablauf des 31. März eingelöst haben.

e) Ungültige Food Stamps: Bei Händlern und Großhändlern verfallen die Marken ersatzlos. Der Haushalt hingegen kann sie zur Gutschrift auf ein Sparkonto einreichen. Dies muß innerhalb von 15 Tagen nach Ablauf der Gültigkeit geschehen, d.h. Januarmarken können bis zum 15. Februar zur Gutschrift auf ein Sparkonto gebracht werden. Anschließend kann der Haushalt über das Guthaben frei verfügen.

f) Einlösung der Food Stamps: Die Food Stamps werden für die Bezahlung von Lieferungen des Food Departments voll akzeptiert. Das gleiche gilt für die Kerosinmarken, wobei die als Food Stamps eingelösten Marken vom Food Commissioner dem Schatzamt zur Einlösung vorgelegt werden. Die Sparkasse (National Savings Bank) legt die Marken monatlich oder vierteljährlich dem Schatzamt vor.

g) Plantagensektor: Bei dem herkömmlichen Zuteilungssystem hatten Plantagenarbeiter kein Anrecht auf Lebensmittelkarten. Die Plantagenverwaltung erhielt die Zuteilung; beim jetzigen FSP erhalten auch sie ihre Food Stamps.

## 6. DAS "FOOD STAMP PROGRAMME" ALS GRUNDBEDÜRFNISSTRATEGIE

In den letzten Jahren ist eine Diskussion darüber entstanden, was unter Grundbedürfnisstrategien zu verstehen sei. Auf der einen Seite kann man die Linderung der "absoluten Armut" als ein wesentliches Ziel einer Grundbedürfnisstrategie verstehen; andererseits ist es jedoch auch möglich, das Mittel zur Erreichung dieses Zieles ebenfalls zu den Grundbedürfnissen zu zählen<sup>9</sup>. Dies tut z.B. das Internationale Arbeitsamt (IAA). In seinem Aktionsprogramm heißt es unter Punkt 2 bzw. unter Punkt 4<sup>10</sup>:

"Grundbedürfnisse im Sinn dieses Aktionsprogramms umfassen zwei Elemente. Erstens umfassen sie bestimmte Mindestforderungen einer Familie in bezug auf den privaten Verbrauch: ausreichende Ernährung, Wohnung und Kleidung sowie bestimmte Haushaltsgeräte und Möbel. Zweitens umfassen sie elementare Dienstleistungen der Gemeinschaft für die Gemeinschaft, wie Trinkwasserversorgung, sanitäre Anlagen, Verkehrsmittel, Gesundheits-, Bildungs- und Kultureinrichtungen" (Punkt 2).

"In allen Ländern umfaßt eine Grundbedürfnisstrategie die freigewählte Beschäftigung als Mittel und Ziel. Sie bewirkt Leistung. Sie bietet den Beschäftigten ein Einkommen und vermittelt dem einzelnen ein Gefühl der Selbstachtung, der Würde und des Wertes als Mitglied der Gesellschaft" (Punkt 4).

Bei Betonung des Punktes 4 könnten solche Sozialprogramme, wie Sri Lanka sie durchgeführt hat, nicht als Grundbedürfnisbefriedigung angesehen werden. Ich werde jedoch den unter Punkt 2 genannten Aspekt stärker betonen und eine ausreichende Beschäftigung für alle Bürger als Ziel und weniger als Mittel für eine Entwicklung ansehen.

So könnten auch die neuen entwicklungspolitischen Richtungen der Bundesregierung verstanden werden. Bei den Aufgaben und Methoden heißt es zur Bekämpfung der absoluten Armut unter Punkt 10<sup>11</sup>:

"Die größte Herausforderung für die internationale Solidarität ist die Massenarmut in den Entwicklungsländern. Ihre Bekämpfung ist vorrangige Aufgabe auch der deutschen Entwicklungspolitik. Dabei geht es zu allererst darum, die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, sauberem Trinkwasser, Gesundheit, Kleidung, Wohnung und Bildung zu befriedigen. Eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse steigert mittelbar die Leistungsfähigkeit und damit die Arbeitsproduktivität und schafft so Grundlagen für ein nachhaltiges, eigenständiges Wirtschaftswachstum. Grundbedürfnisorientierte Maßnahmen sollen den in absoluter Armut Lebenden unmittelbar zugute kommen; diese sollen soweit möglich an Planung und Durchführung beteiligt werden."

Als entscheidende Elemente des Grundbedürfniskonzeptes werden somit Bedürfnisorientierung, Zielgruppenorientierung und Partizipation genannt. Über die Mittel zur Grundbedürfnisbefriedigung werden hierbei keine Angaben gemacht<sup>12</sup>.

Grundbedürfnisorientierte Maßnahmen sind oft als Mittel eingesetzt worden, um die Produktivität der Armen zu erhöhen. Dies ist häufig durch kostspielige Ausbildungsprogramme geschehen; nach Beendigung des Programms ergab sich wiederholt das Problem, daß die durchgeführte Ausbildung am Bedarf vorbeigegangen war<sup>13</sup>. Wegen der Schwierigkeit der Nachfrageabschätzung ist es fraglich, ob auf diese Weise wirklich ein Fortschritt bei der Bekämpfung der absoluten Armut erzielt werden kann. Zu bedenken seien dabei auch die Folgekosten<sup>14</sup>, die den Entwicklungsländern durch manche Programme entstehen und die hohen Aufwendungen für Beschäftigungsprogramme, die leicht zu enormen Belastungen des Staatsbudgets führen und auf Kosten der Effizienz gehen können.

Nehmen wir den Keynesianischen Gedanken: "demand creates its own supply", dann wäre eine Strategie, wie sie das IAA vorschlägt, als neoklassisch zu werten: "supply creates its own demand!". Es bliebe zu erwägen, ob Sri Lanka nicht durch das FSP einen von Keynes gewiesenen Weg geht, nämlich durch Nachfrageanreize schließlich auch Arbeitsplätze zu schaffen, die dann aus einer autochthonen Entwicklung folgen und nicht von oben geplant werden müssen<sup>15</sup>. Hierbei kann die Lenkungsfunction des Preissystems ausgenutzt werden; der notwendige Schritt in Richtung "Mehr Markt" würde erleichtert.

Die Weltbank scheint ebenso unter einer Grundbedürfnisstrategie mehr die direkte und sofortige Bekämpfung der "absoluten Armut" zu verstehen<sup>16</sup>. Gemäß dieser Vorstellung wäre das FSP in der Tat ein Schritt in die richtige Richtung. Durch die Einbeziehung des "Einkommenskriteriums" werden gezielt die Problemgruppen erreicht; außerdem erfolgt die Hilfe direkt und sofort. Die Food Stamps machen nämlich einen beträchtlichen Teil des Budgets der Armen aus<sup>17</sup>.

Da es seit der Einführung des FSP eine Wahlmöglichkeit zwischen den Lebensmitteln gibt, wird eine höhere Wohlfahrt erreicht als unter den alten Zuteilungssystemen. Da gleichzeitig die Preissubventionierung aufgehoben wurde, ist es möglich, daß sich die Eigenkräfte stärker entwickeln. Der Preis kann seine Lenkungsfunction ausüben; die notwendigen Preiserhöhungen werden zu einem Anstieg der Produktion führen<sup>18</sup>. In der Tat ist in Sri Lanka ein Zug zur Privatisierung des Handels feststellbar; außerdem ist die Reisproduktion beträchtlich gestiegen. Dies hängt natürlich auch vom Mahaweli Ganga Projekt ab<sup>19</sup>.

Wegen der Kürze der Zeit seit Beginn der Implementierung ist eine abschließende Beurteilung des FSP noch nicht möglich, aber vom Ziel der Bekämpfung der absoluten Armut unter Beibehaltung der Effizienzvorteile, die der Markt i. a. bietet, her gesehen, wäre zu überprüfen, ob nicht auch andere Grundbedürfnisse von der Nachfrageseite her gesteuert werden sollten<sup>20</sup>.

## 7. FINANZIERUNG VON NACHFRAGESTEIGERNDEN GRUNDBEDÜRFNISSTRATEGIEN

Die bestehende internationale Arbeitsteilung wird - wohl zu Recht - von den Entwicklungsländern als ungerecht empfunden. Ihre bisherigen Vorschläge laufen aber mehr oder weniger auf eine "Weltweite Planwirtschaft" hinaus<sup>21</sup>. Als Gegenkonzept dazu wäre eine "weltweite soziale Marktwirtschaft", wie sie kürzlich vorgeschlagen worden ist, ökonomisch effizienter<sup>22</sup>. Das dann

bestehende soziale Problem müßte weltweit gelöst werden. Es böte sich u. a. die (teilweise) Finanzierung von Food Stamp Projekten in den Entwicklungsländern seitens der Industrieländer an. Dies würde den Entwicklungsländern notwendige Devisen verschaffen, die Not des Hungers direkt bekämpfen und lokale Anreize zur Mehrproduktion und damit zu einer Integrierung des Subsistenzsektors in die nationale Arbeitsteilung führen.

Natürlich ist es einfacher, Food Stamps zu verteilen als die notwendigen Lebensmittel. Doch auch alternative Programme wie die direkte Nahrungsmittelhilfe stehen vor dem Transport-, Verteilungs- und Lagerungsproblem. In ähnlicher Weise muß das Problem auch für die Food Stamps angegangen werden, wobei hier zusätzlich die Möglichkeit einer lokalen Mehrproduktion gegeben ist. Die Agrarentwicklung wird von vielen Ökonomen wiederum als Voraussetzung für den Erfolg der Industrialisierung angesehen<sup>23</sup>.

Da die Entwicklungsländer die Kosten allein nicht tragen können, scheint eine komplementäre Finanzierung seitens der Industrieländer vonnöten. Diese könnte nach der Höhe des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der Entwicklungsländer gestaffelt werden. Auf diese Weise käme ein sinnvoller Ressourcentransfer von den reichen Staaten an die armen Individuen zustande<sup>24</sup>. Globale Rechnungen zeigen, daß eine Finanzierung im Rahmen des Möglichen liegt.

Um das Food Stamp Programm von Sri Lanka zu 50 % zu finanzieren, wären knapp 100 Mill. DM notwendig. Um ein entsprechendes Programm auf weltweiter Basis zu finanzieren, müßte die ODA (Official Development Assistance) von zur Zeit 0,34 % des Bruttosozialprodukts (1980) auf etwa 0,5 % gesteigert werden - was immerhin noch unter dem 0,7 % Ziel liegt<sup>25</sup>. Auch politisch müßten solche Programme in den Industrieländern eigentlich leichter durchsetzbar sein als manche der großen Industrialisierungsprogramme, die den Entwicklungsländern nicht den erwarteten Erfolg gebracht haben.

#### Anmerkungen

- 1) Vgl. z. B. Weltbeschäftigungskonferenz Genf, 4-17. Juni 1976, Internationales Arbeitsamt, Genf (WEC/CW/G.1); Internationales Arbeitsamt Genf: Beschäftigung, Wachstum und Grundbedürfnisse Genf, 1976; Internationales Arbeitsamt, Genf: Folgemaßnahmen zur Weltbeschäftigungskonferenz: Grundbedürfnisse (Internationale Arbeitskonferenz, 65. Tagung 1979, Bericht VII, 1979; World Bank: Meeting Basic Needs. An Overview, Poverty and Basic Needs Series, September 1980; World Bank: Shelter,

- Poverty and Basic Needs Series, September 1980; World Bank: Water Supply and Waste Disposal, Poverty and Basic Needs Series, September 1980; GRANT, James P.: A Fresh Approach to Meeting the Basic Needs of the Worlds Poorest Billion, Internationales Asienforum, Vol. 9 (1978), 7-25; STREETEN, Paul: Development Ideas in Historical Perspective: The New Interest in Development, Internationales Asienforum, Vol. 9 (1978), 27-40; LISK, Franklyn: Conventional Development Strategies and Basic-Needs Fulfilment: A Reassessment of Objectives and Policies, International Labour Review, 115:2 (März/April 1977).
- 2) STREETEN, Paul P.: Basic Needs. Premises and Promises, Journal of Policy Modeling, 1 : 1 (Jan. 1979) 136-146; STREETEN, Paul P. und BURKI, Shahid Javed: Basic Needs. Some Issues, World Development, 6 : 3 (März 1978) 411-421 und die Literatur zu Fußnote 1.
  - 3) Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1980, August 1980, Datenanhang und auch die Schaubilder auf S.46; vgl. ebenso: ISENMAN, Paul: Basic Needs. The Case of Sri Lanka, World Development, 8 : 3 (März 1980), 237-258; RICHARDS, Peter und GOONERATNE, Wilbert: Basic Needs, Poverty and Government Policies in Sri Lanka, Internationales Arbeitsamt, Genf, 1980.
  - 4) Central Bank of Ceylon: Annual Report for the year 1979, Colombo, 1979.
  - 5) BERG, Alan: Eine Strategie zur Bekämpfung der Unterernährung, Finanzierung und Entwicklung, 17 : 1 (März 1980) S.25 und DAVIS, Jeffrey M.: The Fiscal Role of Food Subsidy Programs, IMF, Staff Papers, XXIV: 1 (März 1977) S.112; während der Jahre 1964/65 hat Sri Lanka 54 % des Budgets für Sozialausgaben aufgewendet. Siehe auch Paul ISENMAN, op. cit.
  - 6) In der Zeit von 1970 bis 1978 stieg die öffentliche Auslandsverschuldung Sri Lankas von 317 Mio US \$ (17,1 % des BSP) auf 1,013 Milliarden US \$ (41 % des BSP); siehe Weltentwicklungsbericht 1980, S.172.
  - 7) Die wirtschaftspolitischen Folgen dieses Sieges der UNP zeigt auch IMFELD, Al: Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen. Gefährliche Entwicklungssillusionen: Eine kleine Fallstudie. Internationales Asienforum, 9 : 1/2 (1978), 113-129.
  - 8) Paul ISENMAN, op. cit., S. 241.
  - 9) Z. B. RICHARDS, P. J.: Comment on Isenman, 'Basic Needs: The Case of Sri Lanka', World Development, 9 : 2 (Februar 1981) 215 f. und Paul ISENMAN: Reply, ebenda S.217 f.

- 10) Weltbeschäftigungskonferenz, 1976, op. cit. S.4.
- 11) Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Empfehlungen der "Unabhängigen Kommissionen für internationale Entwicklungsfragen", Bonn, Juli 1980, S. 7 f.
- 12) Vgl. dagegen WALLER, Peter P. : Das Grundbedürfniskonzept und seine Umsetzung in der entwicklungspolitischen Praxis, in: Schriften des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) Band 64: Grundbedürfnisorientierte ländliche Entwicklung, der außerdem die Produktionsorientiertheit als Programmelement in Punkt 10 sieht: "Ausrichtung von Maßnahmen auf Deckung der Grundbedürfnisse weitgehend durch Eigenleistung und Produktivitätssteigerung (stehen) im Gegensatz zur Wohlfahrtspolitik mit konsumorientierter Umverteilung" (S. 1).
- 13) So sind z. B. in Sierra Leone Sekretärinnen ausgebildet worden, die anschließend arbeitslos waren, weil keine genügende Nachfrage bestand! Hingewiesen sei auch auf die fehlenden Absatzmärkte.
- 14) CURRY, Robert L. Jr. und ROTCHILD, Donald: The Fiscal Costs of a Basic Human Needs Strategy, *The Journal of Modern African Studies*, 18 : 1 (1980) 143-150. "It is characteristic of many projects and programmes which are aimed at meeting basic needs that operating costs are high in relation to capital costs." BURKI, Shadid Javec und HAQ, Mahbub ul: Meeting Basic Needs. An Overview, *World Development*, 9 : 2 (Feb. 1981) S. 178.
- 15) Vgl. auch LACHMANN, Werner: Zur externen Finanzierung einer Grundbedürfnisstrategie, Vortrag gehalten auf der Jahrestagung des Ausschusses "Entwicklungsländer" des Vereins für Socialpolitik am 21./22. November 1980 in Frankfurt/Main.
- 16) Vgl. STREETEN, Paul P. : Development Ideas in Historical Perspective: The New Interest in Development. *Internationales Asienforum*, 9 : 1/2 (1978), 27-40; ebenso: Weltentwicklungsbericht 1980; McNAMARA, Robert S. : Ansprache an den Gouverneursrat, Washington D. C., 30. September 1980.
- 17) Vgl. auch MORRISON, Barrie M. : Rural Household Livelihood Strategies in a Sri Lanka Village, *The Journal of Development Studies*, 16 : 4 (Juli 1980), 443-462.
- 18) Die vielfältigen Subventionen führen dazu, daß preiswerte Stapelgüter in Sri Lanka nur noch in geringem Maße produziert wurden. Vgl. GESÄNGER, Hans: Zur Frage der Rahmenbedingungen für grundbedürfnisorientierte ländliche Entwicklungsvorhaben - kommerzielle Förderungspolitik

und Grundbedürfnisbefriedigung armer Bauern in Sri Lanka, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, *op. cit.*, 53-78.

Zur Preiselastizität des Angebots landwirtschaftlicher Güter in Entwicklungsländern, siehe auch PRIEBE, Hermann, HANKEL, Wilhelm:

Der Agrarsektor im Entwicklungsprozeß: Mit Beispielen aus Afrika. Frankfurt, New York: Campus, 1980.

- 19) 265 000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche sollen im Rahmen des Mahaweli Ganga Projektes erschlossen und an Neusiedler verteilt werden.
- 20) Natürlich werden auch weiterhin angebotsorientierte Grundbedürfnisprogramme notwendig sein; nachfrageorientierte und angebotsorientierte Programme können sich insoweit ergänzen.
- 21) So z. B. alle Vorschläge, die auf ein integriertes Rohstoffprogramm mit Liefer- und Abnahmegarantien hinauslaufen.
- 22) Vgl. SAUTTER, Hermann: Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsprinzip für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern, in: ISSING, Otmar (Hrsg.): Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin: Duncker und Humblot, 1981.
- 23) Z. B. PRIEBE, Hermann: Der Primärbereich in der Frühphase der industriellen Entwicklung, in: TIMMERMANN, Vincenz (Hrsg.): Beiträge zur Industrialisierungs- und Handelspolitik der Entwicklungsländer, Berlin: Dunker und Humblot, 1980, 9-27; auch PRIEBE, Hermann und HANKEL, Wilhelm: *op. cit.*
- 24) Daß Entwicklungshilfe einen Transfer von reichen Körperschaften an arme Körperschaften darstellt, wird auch von MUSGRAVE, Richard A. und JARRET, Peter: International Redistribution, *Kyklos*, 32 : 3 (1979), 541-558, bemängelt; das Ziel sei ein Transfer zwischen "individuals on a world-wide basis." Hingewiesen sei auch auf die Kritik Gunnar Myrdals. Vgl. dazu: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12. 9. 1980; Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 7. 11. 1980; Stuttgarter Zeitung vom 11. 11. 1980; Neue Zürcher Zeitung vom 19. 11. 1980; Bayernkurier vom 7. 3. 1981.
- 25) Siehe die Berechnungen in: Werner LACHMANN, *op. cit.*, STREETEN, Paul P.: Basic Needs, Premises and Promises. *op. cit.* und BOUTROSGHALI, Youssef and TAYLOR, Lance: Basic Needs Macroeconomies: Is It Manageable in the Case of Egypt? *Journal of Policy Modeling*, 2 : 3 (Sept. 1980), 409-436.